

Göttingen will Grundsteuer erhöhen

Kritik von H+G, IHK und Mieterverein / Rat soll am Montag endgültige Entscheidung treffen

Von Michael Brakemeier

Göttingen. Die Stadt Göttingen plant eine Erhöhung der Grundsteuer B. Nach einer neuen Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuer soll der Hebesatz rückwirkend zum 1. Januar 2026 von bisher 735 auf 782 Prozent steigen. Unverändert bleiben sollen dagegen der Hebesatz der Grundsteuer A mit 620 Prozent sowie die Gewerbesteuer mit 430 Prozent.

Hintergrund der geplanten Anhebung ist die angespannte Finanzlage der Stadt. Wie die Verwaltung mitteilt, hatte sich die Haushaltslage bereits 2025 deutlich verschlechtert. Auch 2026 setzt sich diese Entwicklung demnach fort.

Im Nachtragshaushalt werden für die Finanzplanungsjahre Defizite zwischen 57 und 67 Millionen Euro ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund müsse die Stadt nicht nur Ausgaben kritisch prüfen, sondern auch vorhandene Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen.

Im beschlossenen Haushaltssicherungskonzept sei deshalb festgelegt worden, die Erträge aus der Grundsteuer B um rund 1,9 Millionen Euro zu erhöhen. Ohne eine Anhebung des Hebesatzes würde dieser Betrag nach Angaben der Stadt dauerhaft im Haushalt fehlen.

Nach Darstellung der Verwaltung fallen die Mehrbelastungen je nach Grundstücksart unterschiedlich aus, insgesamt aber „moderat“. In den von der Stadt genannten Beispielen steigt die Grundsteuer für eine Eigentumswohnung um 1,14 Euro pro Monat, für ein Einfamilienhaus um 2,82 Euro und für ein Zweifamilienhaus um 3,95 Euro monatlich. Für ein Mietwohngrundstück nennt die Stadt ein Plus von 9,91 Euro im Monat, für ein Geschäftsgrundstück 22,60 Euro.

Die Grundsteuer gehört zu den wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Die Grundsteuer A betrifft land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die Grundsteuer B bebauten und unbebauten Grundstücke des Grundvermögens – also unter anderem Wohnhäuser, Eigentumswohnungen, Mietwohngrundstücke und gewerblich genutzte Immobilien.

Der sogenannte Hebesatz ist der Prozentsatz, mit dem die Kommune den vom Finanzamt festgesetzten Steuermessbetrag multipliziert. Steigt der Hebesatz, steigt damit auch die zu zahlende Grundsteuer. Rechtlich sind solche Änderungen nach Angaben der Stadt bis zum 30. Juni eines Kalenderjahres rückwirkend zum Jahresbeginn möglich.

Kritik an der Erhöhung kommt vom Eigentümerverein „H+G Göttingen, Northeim und Umgebung“. Dessen Vorsitzender Dieter Hildebrandt erklärte, die geplante Anhebung werde von Eigentümern unterschiedlich bewertet: „Eine Erhöhung des Hebesatzes um im Ergebnis 6 Prozent wird der eine als moderat, der andere als überhöht ansehen.“

Die konkreten Folgen hängen stark von der jeweiligen Immobilie ab, so Hildebrandt. Im Schnitt rechnet der Verband bei den rund 20.000 Wohngebäuden in Göttingen mit einer Mehrbelastung von etwa 95 Euro im Jahr. Vermieter, die die Grundsteuer bislang nicht über die



Blick über die Stadt Göttingen mit Geismar Tor, über die Innenstadt nach Norden in Richtung Weende.

FOTO: CHRISTINA HINZMANN



Dieter Hildebrandt.

FOTO: MIRIAM MERKEL

Betriebskosten umgelegt hätten, müssten die zusätzlichen Kosten aus den Mieteinnahmen tragen. Selbstnutzende Eigentümer hätten entsprechend höhere laufende Ausgaben.

Die rückwirkende Festsetzung der Steuer ist Hildebrandts Angaben zufolge zudem bei Betriebskostenabrechnungen problematisch. Zugleich verweist Hildebrandt darauf, dass mit den geplanten Mehreinnahmen vor allem eine bisherige Unterdeckung ausgeglichen werde. „Ef-



Cornelius Blessin.

FOTO: CHRISTOPH MISCHKE

ektiv wird somit die Belastung vor der Grundsteuerreform wiederhergestellt“, sagte Hildebrandt.

Auch aus der Wirtschaft kommt deutliche Kritik. Die IHK Hannover lehnt die geplante Erhöhung der Grundsteuer B ab. Ihr stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Göttinger Geschäftsstelle, Christian Grascha, erklärte, Hebesatzerhöhungen seien für Kommunen zwar ein vermeintlich einfacher Weg, um Mehreinnahmen zu erzielen oder Haushaltslücken zu schließen, für Unternehmen aber ein klarer Standortnachteil.

Die Grundsteuer gehöre, so Grascha, neben der Gewerbesteuer zu den wesentlichen Standortfaktoren. Eine weitere Anhebung schwäche Wettbewerbs- und Innovationskraft und könne die Attraktivität Göttingens mindern. Schon jetzt belege Göttingen Platz 7 der niedersächsischen Kommunen mit den höchsten Hebesätzen.

„Eine Erhöhung der Grundsteuer wäre Gift“, sagte Grascha. Für Eigentümer gewerblich genutzter Immobilien bedeute die Anhebung eine direkte Mehrbelastung, die Renditen schmälere und Investitionen etwa in Modernisierung und Klimaschutz erschwere. „Für Mieter

von Gewerbeflächen ist zu erwarten, dass die höhere Grundsteuer – soweit mietvertraglich umlagefähig – zumindest anteilig weitergegeben wird“, sagte Grascha.

Positiv bewertet die IHK zwar, dass die Stadt den Gewerbesteuer-Hebesatz stabil halten will, warnt aber davor, Belastungen stattdessen über Grundsteuer oder Bettensteuer zu verlagern. „Die Entscheidung der Stadt, den Gewerbesteuer-Hebesatz konstant zu halten, wird von der IHK grundsätzlich positiv bewertet.“

Cornelius Blessin, Vorstand im Mieterverein Göttingen, kritisiert die Möglichkeit der Eigentümer, die Grundsteuer auf Mieter umzulegen: „Die Grundsteuer hat bei Mieterinnen und Mietern nichts zu suchen. Sie soll Eigentum besteuern.“ Das gelte auch für die mögliche Erhöhung, wenngleich diese, so räumt Blessin ein, mit rund 10 Cent pro Quadratmeter und Jahr gering ausfalle. Aber: „Man kann das Wohnen nicht immer teurer machen“, warnt Blessin. Die erwarteten 1,9 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Stadt würden lediglich die Lücke decken, die für die Stadt nach der Grundsteuerreform entstanden sei, erläutert Blessin.

Die endgültige Entscheidung soll

der Rat am Montag, 11. Mai, treffen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung würde zugleich die bisherige Realsteuerhebesatzung vom 16. Dezember 2024 außer Kraft treten.

Bereits im Februar hatte der Rat den Kurs vorgegeben: Die neue Mehrheit aus SPD und Grünen beschloss den Nachtragshaushalt 2026 und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts bis 2029 gegen CDU, FDP und GÖLinke. Das frühere Haushaltsbündnis aus CDU, SPD und FDP war zuvor zerbrochen. SPD und Grüne kommen auf 24 Sitze.

Die Verwaltung rechnet für 2025 mit einem Defizit von mehr als 81,5 Millionen Euro. Auch nach bisherigen Sparmaßnahmen bleibt demnach ein Fehlbetrag von rund 80,6 Millionen Euro. Neben der geplanten Erhöhung der Grundsteuer B setzt die Stadt auf eine Beherbergungssteuer, höhere Parkgebühren und zusätzliche Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Die CDU kritisierte die Steuerpläne scharf. Fraktionschef Olaf Feuerstein sprach vom „Griff in den falschen Geldbeutel“. SPD-Finanzpolitiker Tom Wedrins verteidigte den Kurs: „Dieser Griff sorgt dafür, dass die Stadt weiter funktioniert.“

Heizung, Dämmung, Wärmewende

Energieagentur informiert an drei Abenden

Von Nils Bestian

Göttingen / Duderstadt. Wie können sich Hauseigentümerinnen und -eigentümer von fossilen Energiequellen lösen und ihren Teil zur Wärmewende beitragen? Antworten auf diese Frage können Interessierte in diesem Monat an mehreren Infoabenden erhalten. Die Energieagentur Region Göttingen organisiert im Mai gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen verschiedene Infoveranstaltungen zu den Themen Heizung, Dämmung und Wärmewende. Außerdem sollen aktuelle Förder- und Beratungsangebote vorgestellt werden.

Die Veranstaltungsserie beginnt bereits heute. Im Ratssaal im Neuen Rathaus in Göttingen geht es ab 17 Uhr um die Frage, in welchen Häusern eine Wärmepumpe funktioniert. Am 19. Mai steht das Thema „Gebäudedämmung – was ist möglich? Was ist sinnvoll?“ im Mittelpunkt. Start ist um 18 Uhr im Sitzungssaal im Duderstädter Stadthaus. Der letzte Infoabend steigt am 28. Mai. Im Neuen Rathaus in Göttingen soll ab 17 Uhr die Frage geklärt werden, welche Herausforderungen die Wärmewende für Mehrfamilienhäuser mit sich bringt.

Info Eigentümer, aber auch Mieter aus dem Landkreis, die ihre Heiztechnik erneuern oder ihr Gebäude energetisch modernisieren möchten, sind eingeladen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.



Wärmepumpen sind eine klimafreundliche Art, zu heizen.

SYMBOLFOTO: DANIEL REINHARDT/DPA

„Eine Erhöhung der Grundsteuer wäre Gift.“

Christian Grascha, IHK Göttingen

„Die Grundsteuer hat bei Mieterinnen und Mietern nichts zu suchen. Sie soll Eigentum besteuern.“

Cornelius Blessin, Vorstand im Mieterverein Göttingen



Christian Grascha.

FOTO: CHRISTINA HINZMANN/GT

Jugendliche protestieren gegen Wehrpflicht

Mehrere Protestzüge in Göttingen am Freitag – Einschränkungen für Autos und Busse erwartet

Von Tammo Kohlweh

Göttingen. Erneut gehen in Göttingen junge Menschen gegen eine mögliche Wehrpflicht auf die Straße. An diesem Freitag, 8. Mai, wollen sie mit Protestzügen in der gesamten Göttinger Kernstadt auf ihr Anliegen aufmerksam machen. Die Auswirkungen auf den Straßenverkehr dürften deutlich spürbar werden.

Das Datum ist nicht zufällig ausgewählt: Am 8. Mai jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa 1945. „Doch heute wird in Deutschland wieder auferüstet“, heißt es auf der Website des „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“. „Währenddessen wird die Wehrpflicht Schritt für Schritt wieder eingeführt.“

Seit Anfang des Jahres werden Fragebögen an alle 18-Jährigen verschickt. Männer müssen ihn ausfüllen, für Frauen ist das freiwillig.

Musterungen sollen schrittweise wieder eingeführt werden, Männer bis 45 Jahre müssen längere Auslandsaufenthalte anmelden.

Die Autoren des „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“ leiten daraus ab: „Es wird sich auf einen Krieg vorbereitet und wir jungen Menschen sollen das Kanonenfutter dafür sein.“ Diese Befürchtung resultiert am Freitag in einer Reihe von Protestzügen zur gemeinsamen Kundgebung am Gänseliesel und anschließendem Zug durch und um die Innenstadt mit angekündigten 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Mit Einschränkungen im Straßenverkehr ist nach Angaben der Göttinger Stadtverwaltung ab 11 Uhr zu rechnen. Dann wollen Schülerinnen und Schüler von sechs Schulen sowie vom Zentralcampus der Universität Richtung Zentrum ziehen. Es kann zu Verkehrsbehinderungen unter anderem auf der Bürgerstraße, der Geismar

Landstraße, dem Friedländer Weg, der Herzberger Landstraße, der Bühlstraße, dem Düstere-Eichen-Weg und dem Nikolausberger Weg kommen.

Der gemeinsame Protestzug führt die Demonstrantinnen und Demonstranten nach einer Auftaktkundgebung um 12 Uhr am Gänseliesel unter anderem über Judenstraße, Weender Straße, Berliner Straße und Groner Straße. Die Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB) rechnen mit Einschränkungen im Linienverkehr – durch die Innenstadt und über den Bahnhof fahren fast alle Stadtbushaltestellen.

Eine weitere, deutlich kleinere Kundgebung ist nach Angaben der Verwaltung am späten Freitagnachmittag geplant. Eine Fahrrad-Demo der „Kidical Mass“ soll dann ebenfalls über Innenstadt- und Busing führen.



Erneut protestieren am Freitag in Göttingen junge Menschen gegen eine Wehrpflicht (Archivbild).

FOTO: NIKLAS RICHTER

Göttinger Tageblatt

CHEFREDAKTION

Stellv. Chefredakteur

LOKALES, WIRTSCHAFT

Das Tageblatt erscheint in Zusammenarbeit mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland

Redaktionsleiter

steltv. Chefredakteur

Mitglieder der Chefredaktion:

Birgit Dralle-Bürgele, Stefanie Gollasch

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, rtr, epd

30559 Hannover, August-Madsack-Str. 1

ANZEIGENLEITUNG

VERLAG, REDAKTION UND DRUCK

Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG

Briefanschrift: 37070 Göttingen;

Hausanschrift: Wiesenstraße 1, 37073 Göttingen

TELEFON

Verlag und Redaktion

Telefonische Anzeigenannahme

OSZ-Hotline

Vertriebservice

TELEFAX

Druck

ONLINE

Instagram

Facebook

Wöchentlicher Bezugspreis für die gedruckte Zeitung (inkl. E-Paper und Plus-Zugang) bei Lieferung durch Zusteller 15,99 Euro, bei Lieferung durch die Deutsche Post AG 17,13 Euro. Für das E-Paper (inkl. Plus-Zugang) wöchentlich 12,99 Euro. Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer.

Im Fall höherer Gewalt und bei Störungen des Arbeitsfriedens kein Entschuldigungsanspruch. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung dürfen weder die Zeitung noch einzelne Beiträge oder Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CDROM.

Erfüllungsort und Gerichtsstand Hannover.

Gültige Metadaten unter gt.mediatadata.de